

Linden PM:**Wohnraumversorgungskonzept Teilraum Süd – Linke in Linden sieht Forderungen bestätigt**

Linden. Am vergangenen Freitag wurde in der Volkshalle Pohlheim die Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes für den Teilraum Süd des Landkreises Gießen (Fernwald, Langgöns, Linden, Pohlheim) vorgestellt. In einer Pressemitteilung der Linken in Linden heißt es, dass die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Hamburger Instituts- für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung (GEWOS) eine klare Bestätigung ihrer wohnungspolitischen Ziele seien.

„Bereits vor Monaten haben wir mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes für weitere Wohnungspolitische Maßnahmen abgewartet werden muss.“ so Meric Uludag der Stadtverordnete der Linken in Linden.

Seit langem würde man den Bürgern vormachen, dass es in Linden einen großen Bedarf an sehr kleinen Wohnungen gäbe. Das sei nun durch die GEWOS institutionell widerlegt worden. Auch auf kritische Nachfragen aus dem Publikum, bestätigte Landrätin Anita Schneider (SPD) am Freitagabend, dass es in Linden faktisch keinen Bedarf an freifinanzierten Wohnungen unter 60m² gäbe.

Stadtverordneter Uludag erinnert an die Begründung der Lindener CDU, dass man mit dem Bauvorhaben am Bahnhof insbesondere älteren Menschen durch kleine seniorengerechte Wohnungen ein Angebot schaffen wolle, die im Gegenzug, Einfamilienhäuser für Junge Familien frei machen würden. „Ich finde es naiv zu glauben, dass Senioren Ihre Eigenheime verkaufen werden, um dann in winzige Wohnungen direkt am Bahngleis Ihren wohlverdienten Ruhestand zu genießen.“ Das sei absurd, obwohl der grundsätzliche Ansatz völlig richtig sei. Dann müsse man aber Wohnungen schaffen, die dem tatsächlichen Bedarf entsprechen und dabei auch den Standortfaktor im Auge behalten.

Nach dem Planungstand vom September 2020 seien 44 Einzimmerwohnungen (von Insgesamt 130) vorgesehen. Zwar sei man vernünftigerweise zwischenzeitlich davon weggerückt, aber an hauptsächlich kleinen Wohnungen halten die Befürworter weiterhin fest. „Umso kleiner die Wohnung, desto höher der qm Preis. Das sind unternehmerische Interessen, die hier bedient werden sollen“ betont Uludag.

Die Handlungsempfehlung seien für „Die Linke“ eindeutig. Es würden Wohnungen ab 60m² für Senioren und Familien benötigt. Für bezahlbare Mieten seien Fördergelder unverzichtbar, da ein Neubau aus marktwirtschaftlicher Sicht dieses nicht hergebe. Eine Quotierung an Sozialwohnungen sei wichtig, allerdings als einziges Mittel nicht ausreichend. „Bei größeren privaten Baumaßnahmen erreichen wir ein kurz- und mittelfristiges Angebot an bezahlbarem

Wohnraum. Langfristig werden diese Wohnungen aber aus der Bindung fallen und dem Marktmechanismus unterliegen. Das ist doch genau das Phänomen was wir seit Jahren erleben.“ Darüber hinaus werde laut Uludag auch außeracht gelassen, dass preisgebundene Wohnungen in der Ortsüblichen Vergleichsmiete nicht berücksichtigt wären und wenn man davon ausginge, dass bei einem Projekt mit preisgebundenen Wohnungen, eventuelle Defizite auf die freifinanzierten Wohnungen umgelegt werden würden, hätte man im Resultat ein noch höheres Mietniveau erreicht.

Vernünftiger sei es auf die Zusammenarbeit mit Genossenschaften oder noch besser, mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu setzen. Diese seien mit dem Ziel der Daseinsvorsorge die einzigen Garanten für nachhaltig bezahlbaren Wohnraum. „So können auch langfristig günstigere Mieten im freifinanzierten Segment angeboten werden und das Mietniveau dadurch reguliert werden.“ Das sei im Übrigen auch richtigerweise der Kurs der „Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH“.